



Nr. 24 / 16.01.2015

Alexander HOFFMANN informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Historische Zäsur: Bund machte schon 2014 keine neuen Schulden mehr

Es hat sogar ein Jahr früher geklappt als geplant: Bereits das zurückliegende Jahr 2014 hat der Bund mit einem ausgeglichenen Haushalt abgeschlossen – zum ersten Mal nach 45 Jahren. Erstmals seit 45 Jahren wächst der Schuldenberg nicht mehr. Erstmals seit 45 Jahren können wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Wir kommen mit dem Geld aus, das Sie uns zur Verfügung stellen. Ein historischer Meilenstein!

Die Ausgaben des Bundeshaushalts im Jahr 2014 betragen 295,5 Milliarden Euro und damit eine Milliarde Euro weniger als veranschlagt. Sie erreichen damit den niedrigsten Stand seit 2009. Dies lag – unter anderem – auch an erheblich geringeren Zins-Ausgaben. Die Steuereinnahmen des Bundes beliefen sich auf 270,8 Milliarden Euro und lagen damit um 2,6 Milliarden Euro über dem Sollwert. Auch die Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen aus dem November 2014 wurde nochmals um 1,8 Milliarden Euro überschritten. Im Haushaltsplan 2014 war ursprünglich noch eine Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Doch angesichts




Das Erreichen der „Schwarzen Null“ ist auch sein großer Verdienst:
Unser Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble

höherer Steuereinnahmen von 2,6 Milliarden Euro, höherer Verwaltungseinnahmen von 2,9 Milliarden Euro und Minderausgaben von rund einer Milliarde Euro hat der Bund gar keine neuen Schulden aufgenommen.

Zudem hat der Bund aufgrund des Bundesbankgewinns und anderer Effekte 2,5 Milliarden Euro der Bundesschuld aktiv getilgt. Das ist zwar angesichts des Schuldenbergs aus 45 Jahren ohne ausgeglichene Haushalte relativ wenig – aber die Richtung stimmt!

In den Defizitländern dieser Welt sinken die Investitionen. In Deutschland steigen sie, insbesondere im Bereich Bildung und Forschung, aber auch im Bereich Infrastruktur. In der mittelfristigen Finanzplanung haben die Haushälter gerade noch einmal einige Milliarden draufgelegt, von 2005 bis 2013 um durchschnittlich 5 Prozent. Seit 2005 wurden sie um 44 Prozent erhöht!

Darüber hinaus entlasten wir die Städte und Gemeinden bei den Sozialausgaben – so deutlich wie keine Bundesregierung jemals zuvor: Allein die

 Bundesministerium der Finanzen

„Nettokreditaufnahme: -“: Anstatt einer letztmaligen Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro stand am Ende des Jahres 2014 sogar schon ein kleiner Überschuss, mit dem sofort Altschulden getilgt wurden.

	Soll 2014	Vorläufiges Ist 2014	mehr/weniger ggü. Soll
	in Mrd. €		
Ausgaben	296,5	295,5	-1,0
Veränderung in % ggü. Vorjahr	-3,7%	-4,0%	
Steuereinnahmen	268,2	270,8	+2,6
Sonstige Einnahmen	21,8	24,7	+2,9
Nettokreditaufnahme	6,5	-	-6,5
Nachrichtlich: Investitionen *)	29,9	29,3	-0,6

*Veränderungen u.a. aufgrund geringerer Gewährleistungsausgaben sowie geringerem Finanzbedarfs der FBB
Rundungsdifferenzen möglich

2

Im Jahr 2009 haben sowohl Bundestag als Bundesrat jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Einführung der Schuldenbremse beschlossen. In das Grundgesetz wurde Artikel 109 Absatz 3 aufgenommen: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Die Übergangszeit endet für den Bund 2016 und für die Länder 2020.“

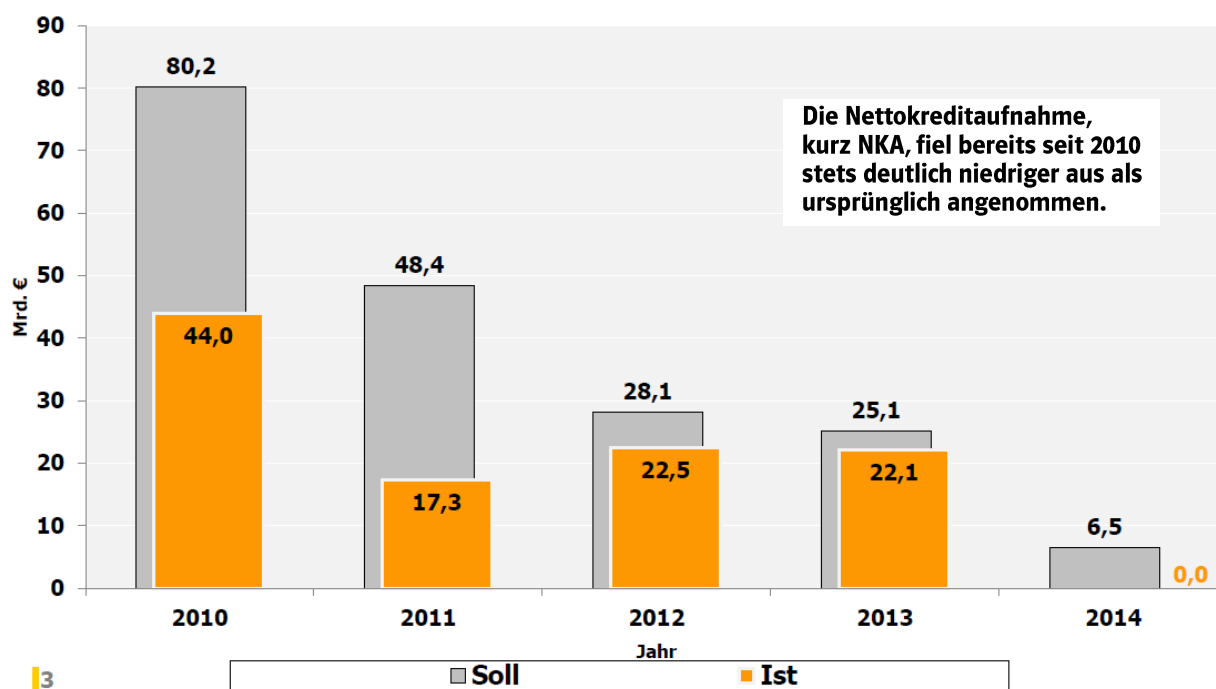
Der Staat gibt nur noch so viel für sich und seine Bürger aus, wie er an Steuern einnimmt. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, wird von der Opposition und so manchem vermeintlichen Experten sogar noch kritisiert! Sie bemängeln, der Staat gebe zu wenig Geld aus. Dabei hat die Große Koalition gerade erst ein 10 Milliarden Euro schweres Investitionspaket auf den Weg gebracht.

Kosten der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung, die der Bund seit 2014 komplett alleine trägt, summieren sich auf fast 5,5 Milliarden Euro. Und wir werden die Kommunen allein im Bereich der Sozialleistungen bis 2018 um rund 25 Milliarden Euro entlasten.

Seit Dr. Wolfgang Schäuble unser Bundesfinanzminister ist, also seit fünf Jahren, war der Abschluss am Ende eines Haushaltsjahres immer besser als der Plan. Seine große Beharrlichkeit und seit Weitblick verdienen unsere Anerkennung.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, das Erreichen der „Schwarzen Null“ ist eine historische Zäsur. Wir haben durchgesetzt, dass sie auch ohne Steuererhöhungen gelingt. Unser wachstumsorientierter Konsolidierungskurs zahlt sich aus.

Geplante und tatsächliche NKA



Uns ist auch bewusst, dass die „Schwarze Null“ von den fleißigen Menschen und den Unternehmen erwirtschaftet worden ist, den vielen ehrlichen Steuerzahlern eben. Uns ist völlig klar, dass sie nicht über Gebühr belastet werden dürfen.

Daher ist uns der Abbau der Kalten Progression ein so wichtiges Anliegen. Die CDU hat auf ihrem Parteitag beschlossen, ab 2017 mit dem Abbau der Kalten Progression zu beginnen.

Auch wir haben auf unserem CSU-Parteitag im Dezember in Nürnberg einen – noch konkreteren – Antrag verabschiedet, wonach das Gesetz, das zur Entlastung führt, definitiv zum 1. Januar 2017 steuerlich wirksam werden soll. Das ist für uns als CSU eine Frage der Glaubwürdigkeit, denn nun

ergeben sich dank weiter steigender Steuereinnahmen durchaus finanzielle Spielräume.

In vielen Fällen ist es so, dass eine Gehaltserhöhung dazu führt, dass man in einen höheren Steuertarif rutscht und dann auch die Steuerlast steigt. Unser Ziel ist es daher, mit der Abmilderung der Kalten Progression zu verhindern, dass man trotz einer schönen Gehaltserhöhung – bei normalem Inflationsniveau – nur geringfügig mehr im Geldbeutel hat als vorher.

Wir wollen, dass sich Leistung und Fleiß lohnen und die Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen auch tatsächlich bei den Bürgern spürbar ankommen. Das ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit und dafür werde ich mich einsetzen!

Herzlichst

Ihr


 Alexander Hoffmann, MdB

Fotos:
 CDU/CSU-Fraktion/Tobias Koch;
 Bundesfinanzministerium;
 Michael Dominik